

# Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

## CDU-Fraktion

**Nr.:**           **A 17/0119-01**

Status:           öffentlich

Datum:           06.02.2017

**Inrechnungstellung der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen 2013 bis 2015**

**Anfrage der CDU-Fraktion für die Sitzungen des Finanzausschusses am 13.02.2017 und des Rates der Stadt am 16.02.2017**

## Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Finanzausschuss
Ö	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

### Sachverhalt:

Anfang Januar 2017 hat der Oberbürgermeister der Stadt Mülheim an der Ruhr dem Land NRW – gemäß Ratsauftrag vom Dezember 2016 - die bisher nicht erstatteten Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber für die Jahre 2013 bis 2015 in Höhe von 27,3 Mio. € in Rechnung gestellt. Das NRW-Innenministerium hat auf Nachfrage der Medien (siehe RTL West- Sendung „Explosiv“ vom 23.01.2017) den Eingang der Stadtrechnung bestätigt und mitgeteilt, diese zu prüfen. Seitdem hat die interessierte Öffentlichkeit nichts mehr über diesen Vorgang gehört.

Deshalb fragt die CDU-Fraktion:

- 1) In welcher Form hat die NRW-Landesregierung bzw. das NRW-Innenministerium bisher auf diese Rechnung reagiert?
- 2) Welche weiteren Schritte wird die Stadtspitze im Fall der Nichteinhaltung der gesetzten Frist (28.02.2017) zur Zahlung des Rechnungsbetrages in Höhe von 27,3 Mio. € unternehmen?

*Wolfgang Michels*  
Fraktionsvorsitzender